

# Merseburger Correspondent.

Erscheint:  
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und  
Sonntag früh 7 Uhr.  
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:  
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark  
20 Pfg. durch den Hermiträger. — 1 Mark  
25 Pfg. durch die Post.

N. 45.

Donnerstag den 18. März.

1880.

## Die Militärvorlage und die Fortschrittspartei.

Die Militärvorlage wird vom Reichstage mit einigen Verbesserungen bewilligt werden, und die Nationalliberalen werden in ihrer großen Mehrheit dabei mitwirken. Der wesentlichste Punkt ist und bleibt die Heranziehung der Ersatzreserve. Für diese haben sich selbst die radikalsten Richtungen ausgesprochen, ist sie doch nur eine Konsequenz der allgemeinen Wehrpflicht. Daß die Festsetzung der Präsenzjahre auf mehrere Jahre erfolgt, dem haben die Nationalliberalen bereits 1874 zugestimmt, und wie sollten die Liberalen jetzt, da sie viel schwächer sind als damals, etwas durchsetzen können, was sie, als sie stärker waren, nicht zu verhindern vermochten? Die jährliche Festsetzung würde ja nur eine leere Formalität sein. Die Erhöhung der Präsenzjahre bringt uns neue Opfer; diese sind ja für uns schwer genug, aber eine Erhöhung des Etats um 17 Millionen werden wir bei einem Militäretat, welcher in die Hunderte von Millionen geht und dabei immer noch weit geringer als der der großen Nachbarstaaten in Ost und West ist, auch noch ertragen können, wenn dies nötig ist. Trotz aller jegigen friedlichen Versicherungen ist es wahrscheinlich, daß wir innerhalb weniger Jahre einen schweren Krieg gegen Rußland und Frankreich zugleich zu führen haben. Würde die Vorlage abgelehnt, so würde der Muth unserer Gegner erhöht, ein Krieg nur noch wahrscheinlicher. Ein Bundesgenosse haben wir nur in Oesterreich, dieses ist weder sehr stark noch sehr verlässlich. Soeben noch erhielten die württembergischen Abgeordneten gegen Deutschland im österreichischen Abgeordnetenhause lautes Bravo auf Seiten der Rechte, und diese ist dort sehr einflußreich, sie kann in kurzer Zeit in Wien am Ruder sein. In dem bevorstehenden Kriege kann jedes Bataillon mehr die Entscheidung zu unsern Gunsten lenken, jedes fehlende Bataillon unsere Niederlage ermöglichen. Die Niederlage würde uns nicht nur vom Gipfel unseres Ruhmes stürzen, sie würde uns unsere Macht und Freiheit rauben, sie würde uns auch hundertmal mehr Opfer auferlegen, als jetzt von uns verlangt werden. Wie würde die liberale Partei dies vor der Nation verantworten können? Würde sie nicht für immer die Neigung des Volkes verlieren; würde dies nicht sagen: „Unsere militärischen Autoritäten und unsere Regierung haben dies vorausgesehen, aber die Liberalen haben nicht die nötigen Mittel bewilligt.“ Nein, die Nationalliberalen wenigstens werden eine solche Verantwortung nicht auf sich laden.

Gewässigte Stimmen der Fortschrittspartei sprachen sich Anfangs auch günstig über die Vorlage aus; dieselben sind aber vor dem Willen der Parteileitung verstummt. Die Berliner Parteileitung sucht eine Anzahl von Mitgliedern der nationalliberalen Partei der Militärvorlage abzuwenden zu machen, indem sie in deren Wahlkreisen Versammlungen entricht und von Emittären beiseite läßt, welche sich für Verwerfung der Militärvorlage ausgesprochen sollen. Diese Absicht wird nicht gelingen. In Danzig trat am Donnerstags eine fortschrittliche Versammlung zusammen, welche von dem Abg. Hermes aus Berlin besucht wurde und sich gegen die Vorlage aussprach; zwei

Tage später tagte eine zweite größere Versammlung, welche sich für dieselbe erklärte.

Die jetzige Taktik der Fortschrittspartei ist die selbe, welche diese Partei seit Jahren befolgt. Sie scheint die Nationalliberalen als ihren hauptsächlichsten Gegner zu betrachten, dem man vor allen Dingen Schaden zufügen muß. Diese Taktik hat sämtlichen Liberalen erheblich geschadet, am meisten aber der Fortschrittspartei, welche auf ein kleines Häuflein von Vertretern großer Städte zusammengeschnitten ist. Diese Kurzsichtigen haben sich aber die ihnen gegebenen Lehren nicht zu Herzen genommen, sondern arbeiten lustig weiter am eigenen Ruin.

## Politische Uebersicht.

Das Verhältnis zwischen Deutschland und England soll in dem Maße an Intimität zugenommen haben, in welchem die politischen Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg kühler geworden sind. Sollte sich nun das Gerücht, nach welchem der Kaiser Wilhelm und die Königin Victoria von England im Frühjahr eine Zusammenkunft haben werden, bewahrheiten, so würde diese Thatsache, welcher an und für sich keine politische Bedeutung innewohnt, gewiß dazu beitragen, den Glauben an eine solche Intimität zu stärken. In Berlin knüpft man wie in London in gewissen Kreisen an einen eventuellen Sieg der Konservativen bei den englischen Neuwahlen das Eintreten politischer Ereignisse von großer Tragweite.

Das in voriger Nr. auch von uns erwähnte Schreiben des Papstes an den Erzbischof Raulus Melchers von Köln wird mit vollem Recht selbst von ultramontaner Seite ein „wichtiges Document“ genannt, denn es ist in demselben zum ersten Male genau angegeben, wie weit die Kurie den Ansprüchen des preussischen Staates entgegenkommen, inwieweit sie die Maßregeln gelten lassen will. Der Papst erklärt, „daß er aus Rücksicht auf das Glück und das Gedeihen Deutschlands — Deines berühmten Vaterlandes, wie der hl. Vater sich in dem Schreiben ausdrückt — kein Bedenken tragen werde, zu dulden, daß der preussischen Staatsregierung von der kanonischen Institution die Namen jener Priester angezeigt werden, welche die Bischöfe der Diözesen zu Theilnehmern ihrer Sorgen in der Ausübung der Seelsorge wählen.“ Wir bedauern, nicht das ganze Schreiben seinem Wortlaute nach mittheilen zu können und uns auf das vorerwähnte Sag, welcher den Kern der Conzessionen enthält, zu denen sich die Kurie bei den diplomatischen Verhandlungen über die Weiberherstellung des kirchlichen Friedens bereit erklärt hat, beschränken zu müssen. Welche Gegenleistung Preußen machen soll, ist nicht bekannt; wohl aber weiß man im Vatikan, daß unsere Regierung die dargebotene Hand nicht ausschlagen wird, sobald man nicht „Canonfäulnzen“ verlangt. In letzterem Falle werden sich die nicht geringen Schwierigkeiten, welche trotz des Entgegenkommens der Kurie einer vollständigen Regelung auf diesem Gebiete entgegenstehen, verhältnismäßig leicht überwinden lassen.

Eine schon seit Jahrzehnten angestrebte Veränderung der württembergischen Verfassung soll jetzt in Angriff genommen werden und zwar hat man hier vornehmlich eine andere Zu-

sammensetzung der Kammern im Auge, welche in ihrer gegenwärtigen Gestalt in der That mit den heutigen Begriffen von Volksvertretung schwer vereinbar sind. In der ersten Kammer, in der sogenannten Kammer der Standesherren, sitzen nur die ehemals reichsunmittelbaren, jetzt mediatisirten Fürsten- und Grafengeschlechter, ferner Generale, ehemalige Minister und hohe Beamte. Der bestfestigte Grundbesitz hat aber da keinen Zutritt, sondern schickt seine Vertreter eigenthümlicher Weise in das Abgeordnetenhause. Die sieben Hauptstädte des Landes belegen nur je einen Abgeordneten, also Stuttgart mit seinen 116 000 Seelen wählt nur einen Abgeordneten, während die Stadt Ellwangen nebst Amt mit zusammen 30 000 Einwohnern durch zwei Abgeordnete vertreten ist, weil Stuttgart kein Amt hat. Dertlei Ungleichheiten sollen jetzt beseitigt werden und gleichzeitig wird auch eine Abänderung in der Handhabung der Geschäfte beabsichtigt.

In Folge eines dem badischen Minister Stöcker von der Kammer ertheilten Misstrauensvotums hatte derselbe dem Großherzoge das Gesuch um Enthebung von seinem Amte unterbreitet, welches Gesuch aber zurückgewiesen worden war. Da nun der Staatsminister Turban im Laufe der Beratungen über den erzbischoflichen Titel mehrmals die Solidarität des Gesamtministeriums betont hat, so müßte Letzteres jetzt entweder zurücktreten oder die Kammer auslösen. In Karlsruhe hält man den Rücktritt des Ministeriums für wahrscheinlich, weil von einer Neuwahl eine wesentliche Veränderung der Fraktionsverhältnisse kaum zu erwarten ist. Die amtlichen Blätter schweigen sich bis jetzt noch vollständig über alle diese Vorgänge aus: — sie hängen und bangen in schwöbender Rein.

Der französische Senat hat am Montag zum zweiten Male den Artikel 7 verworfen und das Cabinet steht nunmehr vor der Entscheidung, die bereits gegen die Jesuiten bestehenden Gesetze in Anwendung zu bringen. Angesichts der dahin zielenden energischen Erklärungen Freycinet's im Senat wird es in parlamentarischen Kreisen für wahrscheinlich erachtet, daß die Gruppen der Linken der Deputirtenkammer auf eine Interpellation in dieser Richtung verzichten werden.

Delegirte von Arbeitervereinen, Prediger moderner Richtung und Advokaten haben ein Manifest an das niederländische Volk erlassen, in welchem alle Niederländer aufgefordert werden, ihre moralische und materielle Unterstützung zur Erlangung des „allgemeinen Stimmrechts“ einzusetzen. In diesem Manifeste wird nebenbei auch auf das veraltete Steuerhystem hingewiesen, welches den weniger Vermittelten unverhältnismäßig drückt, den Erwerb, die Produktion und den Verkehr hemmt und das Börsenspiel fördert. Um nun das Uebel auszuwurzeln, müsse das Verfassungsprinzip, daß die Wahlberechtigung vom Steuerertrage abhängig, beseitigt werden. Alle majorennen niederländischen Staatsbürger sollen wahlbefugt werden, und das muß geschehen, um der Gefahr revolutionärer Bewegungen vorzubeugen. — Die Forderungen der Leute haben jedenfalls ihre theilweise Berechtigung. Dem englischen Parlaement ist nunmehr der 24. d. als der Tag der Auflösung bezeichnet worden. Vorher hat noch Lord Beaconsfield die Vor-

sicht befehen, durch eine gewisse Konzession an Irland den britischen Liberalen das Zusammengehen mit den irischen Wählern zu erschweren. Der Premier erklärte nämlich im Oberhause auf eine Anfrage Lord Cranmores, da die Antipathiedemonstration in Irland nachgelassen habe, so sei es unnötig, bei dem Parlamente neue Vollmachten betreffs der Verwaltung Irlands nachzusuchen. Die Ausnahmeergelze für Irland würden in der nächsten Zeit erlöschen und je nach den Verhältnissen würde die Regierung bei dem neuen Parlamente entweder deren Aufhebung oder eine Erneuerung der Gewalten verlangen. Damit ist der liberalen Opposition auch die Ausbeutung der irischen Ausnahmeergelze zu Agitationszwecken etwas ungewisser gemacht.

Seit dem 6. März haben in **Russland** zahlreiche Conferenzen zwischen dem Großfürsten-Thronfolger und dem Grafen Loris-Melkoff stattgefunden, in welchen eine radikale Reform der inneren Verwaltung vereinbart worden ist. Nach Auflösung der sogenannten dritten Abtheilung soll Schuwaloff an die Spitze eines neu zu bildenden Polizeiministeriums treten, welchem auch die Genzarmerie zugesetzt würde. Die Sicherheitswachmänner sollen in allen Städten aus bürgerlichen Kreisen genommen werden und nicht mehr wie eine feindliche Macht der Gesellschaft gegenüberstehen. Den Dumas wird ein großer Wirkungskreis auf dem Gebiete der öffentlichen Sicherheit eingeräumt, die Zemstvos werden mit größeren Rechten und Befugnissen ausgestattet und außerdem soll Graf Loris-Melkoff dem Czaren eine Art Verfassungsentwurf vorgelegt haben, der originell russisch ist und sich keineswegs an westeuropäische Muster anlehnt. Der Senat soll zu einer Art Arelöverammlung umgestaltet werden, die Regierung soll verantwortlich sein. — Unter den höchsten Beamten des bisherigen Regimes in Petersburg räumt Graf Loris-Melkoff gehörig auf. Alle jene Leute, welche bisher die Gewalt inne hatten, müssen ihren Platz verlassen. General Drenieli ist seines Postens als Chef der 3. Abtheilung entsetzt worden, General Gurto, der nach Einsetzung der Diktatur von seinem General-Gouverneur-Posten zurücktreten, die Stellung als Gehilfe des Obercommandirenden der Gardetruppen und des Petersburger Militärbezirks einnehmen mußte, ist jetzt auch aus dieser Stellung enthoben worden. Zu seinem Nachfolger wurde General-Adjutant Kostanda ernannt. Ferner soll aber auch der bisherige Stadthauptmann von Petersburg, General Suroff, abberufen, die Stadthauptmannschaft soll ganz aufgehoben werden und an deren Stelle wieder der Posten eines Ober-Polizeimeisters treten, mit welchem General Batiano, bisher Garde-Commandeur in Moskau, betraut werden wird; ebenso verläßt der Chef der Ober-Präsenzverwaltung, Geheimrath Grigorjew, seine Stellung. Wie man sieht, sucht General Loris-Melkoff sich alle diejenigen maßgebenden Persönlichkeiten vom Halbe zu schaffen, welche bisher die süße Gewohnheit des Regierens hatten. Er sucht ein neues Regiment mit neuen Kräften einzuführen, ein Unternehmen, das von großem Muth zeugt, wenn man bedenkt, daß dieser bedeutsame Personenwechsel sich unmöglich vollziehen kann, ohne dem Grafen Loris-Melkoff neue gewichtige Gegner zu schaffen.

Die Gefahr für den ehemaligen **chinesischen** Gesandten am russischen Hofe, Chung-hows, ist beseitigt. Der englische und französische Gesandte in Peking erwirkten seine Begnadigung. Der unglückliche Botschafter wird nur degradirt und der von ihm mit Rußland geschlossene Vertrag wahrscheinlich annullirt.

Das Kabel meldet aus **Süd-Afrika** die Eröffnung der Transvaal-Legislatur durch den Administrator Oberst Lanyon. Sir Garnet Wolseley und die im Kampfe gegen Secoconni engagirten Truppen wurden durch einen Dankesbescheid ausgezeichnet. — Die Versammlung der Boers, welche auf den 10. März angesetzt war, ist wiederum verschoben worden. Die Regierung hat auf eine Anfrage des Ober-Generals erklärt, daß sie jeden Vorschlag, der ihre Autorität in Transvaal antastet, zurückweisen müsse. Die Boers werden also das Nachhinein einer dahin zielenden Verhandlung eingesehen haben.

Die letzten Nachrichten aus **Afghanistan** bekräftigen die Befürchtungen der letzten Wochen. Aus Allahabad wird gemeldet, daß die Stadt Charikar vom Feinde wieder eingenommen und geplündert ist, daß sich die bisherigen Allirten der Engländer wieder gegen sie wenden, die Stämme sich in großer Anzahl versammeln und ein neuer Feldzug unvermeidlich ist.

## Deutschland.

— Die Verlobung des Prinzen Wilhelm mit der Prinzessin Auguste Victoria, ältesten Tochter des jüngst verstorbenen Prinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augsburg, scheint trotz aller Dementis doch in sicherer Aussicht zu stehen. Aus sicherer Quelle verlautet, daß dem Prinzen Wilhelm selbst mehrfach von Damen granulirt und die Glückwünsche nicht zurückgewiesen wurden. Die Prinzessin Auguste Victoria ist am 22. October 1858 geboren.

— Die Preussische Regierung hat vorbereitende Schritte zu einer Reform der Bestimmungen über den Immobilienfiskus getan, um laut geordnete Klagen über die Höhe des Steuern, während der Verkehr mit beweglichen Werthen so unverhältnißmäßig gering belastet ist, möglichst zu lindern.

— Das bayrische Kriegsministerium hat eine Verordnung erlassen, nach welcher Soldaten, welche von Seiten ihrer Vorgesetzten eine Mißhandlung erlitten und dieselbe nicht sofort dienstlich zur Anzeige gebracht haben, wegen Verschweigung und Verheimlichung von Zuwerdhandlungen gegen die geltenden Vorschriften disziplinarisch bestraft werden sollen.

— (Zum Frieden mit Rom.) Wie die „Elsaß-Lothringische Zeitung“ meldet, ist zur Eröffnung des seither gesperrten Knabenseminars in Jülichheim und zur Ernennung des vom Bischof Raef vorgeschlagenen Leiters desselben die Genehmigung ertheilt worden. Man wird sich darauf gefaßt machen dürfen, ähnlich lautende Nachrichten von der Beilegung der staatlich-kirchlichen Spannung von nun an sehr oft zu lesen.

— Bezüglich der Ertragswahl im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis hat die Regierung zu Potsdam bestimmt, daß mit der Auslegung der Wahllisten am 17. d. M. begonnen werden soll. Der Termin zur Wahl selbst ist auf Mittwoch den 7. April d. J. anberaumt. Stadtrath Voigt ist zum Wahlkommissar und Stadtrath Haack zum Stellvertreter ernannt.

— Die Reform des Aktien-Gesellschaftsrechts ist gegenwärtig wieder aufgenommen worden. Das Reichs-Justizamt hat die deutschen Regierungen um statistische Nachrichten über die Zahl und die Ergebnisse der über das Vermögen derer Gesellschaften eröffneten, zur Zeit aber bestehenden Konkurse erlucht, welchen Mittheilungen u. A. auch das Begründungsjahr der betreffenden Gesellschaften und weitere Einzelheiten über das innere Wesen derselben hinzuzufügen sind.

## Parlamentarische Nachrichten.

**Reichstag.** (Montagsitzung.) Der noch vor Beginn der Staatsberatung zur ersten Lesung stehende Entwurf eines Freundschafts-, Handels-, Schiffsahrts- und Consularvertrages zwischen dem deutschen Reiche und den Hawaifinsen führte in Folge einer Anregung Lascker's zu einer längeren Debatte, als derartige Verträge sonst zu veranlassen pflegen. Der Abg. Lascker wies auf den am Jahreschluss mit Oesterreich abgeschlossenen provisorischen Handelsvertrag hin und fragte, warum nicht auch dieser dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt worden sei. Geh. Rath von Philippsborn erwiderte, bei dem Vertrage mit Oesterreich handle es sich um ganz andere Dinge als bei dem mit den Hawaifinsen. Die Anfrage komme ihm heute völlig unerwartet, man werde daher eine erschöpfende Antwort kaum erwarten. Bei dem mit Oesterreich-Ungarn am Schluss des vorigen Jahres getroffenen Abkommen habe es sich darum gehandelt, unser in politischer Beziehung freundschaftliches und gütliches Verhältnis zu dem großen Nachbarreiche auf materiellem, wirtschaftlichem Gebiete zu bewahren. Das wir in dieser Beziehung noch nicht bei dem

eigentlichen Ziele, dem Abschlusse definitiver, stabiler Vertragsverhältnisse angekommen seien, liege daran, daß beide Theile ihre wirtschaftliche Beziehung revidirt hätten. Daher habe man vorläufig, um doch ein Band zu erhalten, mit Oesterreich solche Abreden getroffen, die der Genehmigung des Reichstages nicht unmittelbar bedürften. Die Ansicht des Reichskanzlers von dem Vertragsverhältnisse zu Oesterreich sei die, daß er keine Veränderung desselben beabsichtige, sondern vor allen Dingen Stabilität desselben herbeizuführen wünsche. Der Abg. Lascker ist von diesen Erklärungen nicht befriedigt, wünscht vielmehr zu wissen, warum der Vertrag mit Hawai, der seinem wesentlichen Inhalte nach dem österreichischen Vertrage entspreche, vorgelegt worden sei, der letztere aber nicht. Geh. Rath Philippsborn erklärt, er habe die Antwort darauf nicht abgelehnt, sondern nur auf eine andere Gelegenheit dazu hingewiesen. Staatsminister Hofmann verspricht, auf einzelne Punkte näher einzugehen, welche auf Antrag des Abg. v. Frankenstein von der heutigen Tagesordnung abgesetzt wird.

Bei der nun beginnenden Fortsetzung der Staatsberatung gelangt zunächst der Etat der Zölle, Verbrauchssteuern und Aversen zur Debatte. Hierbei kommt der Abg. Richter-Hagen auf den provisorischen Zollvertrag mit Oesterreich zurück. Derselbe hätte nach verfassungsmäßigem Recht dem Reichstage vorgelegt werden müssen. Er bringe deshalb mit dem Abg. Lascker gemeinsam den Antrag ein, den Reichskanzler aufzufordern, dem Parlamente den mit Oesterreich am 31. Decbr. 1879 abgeschlossenen Handelsvertrag zur Genehmigung vorzulegen. Redner beklagte, daß der Abg. Windhorst den von ihm in Aussicht gestellten Antrag auf Wiederbelebung des Flachszolles noch nicht eingebracht habe. Endlich beklagt er, daß die Regulative hinsichtlich des Transitzolltarifs und Mehl und gemischtem Getreide noch nicht festgestellt seien. Die Entwürfe dazu fänden die entschiedenste Mißbilligung der Interessenten. Die Bretpreise seien übrigens in Folge der neuen Zölle bereits gestiegen und das Brot selbst schlechter geworden.

Der Abg. Graf Stolberg kam auf den Handelsvertrag mit Oesterreich zurück, um sich mit Entschiedenheit gegen die Aufrechterhaltung des Verordnungsverfahrens zu erklären. Gegen die Aufhebung des Flachszolles legte er nachdrücklich Zeugenschaft ein, indem er andeutete, daß darin ein Bruch des agrarisch-schutzpönerischen Compromisses, auf welchem der ganze Tarif beruht, liegen würde.

Die Tabaksteuer gab Anlaß zur Erörterung der ungünstigen Lage der Tabakindustrie, worauf eine interessante Debatte sich über die Rübenzuckersteuer entspann. Die Abg. Karsten und Witte plaidirten für eine möglichst baldige Aenderung des Systems; der letztere empfahl speziell den Uebergang zur Verbrauchssteuer. Regierungseitig zeigte sich indessen wenig Neigung von dem gegenwärtigen System abzugeben. Von erheblicherem Interesse und von einem nicht unerheblichen praktischen Resultate begleitet war die Discussion über den in den einzustellenden Betrag an Ueberschüssen des laufenden Etatsjahres. Der Etatsentwurf weist hier nur gegen 6 Millionen Mk. auf. Der Ueberschuss indessen nach der Angabe des Schatzsecrätars Scholz sich auf über 20 Millionen belaufen wird, so hat bereits die Commission den Vorschlag gemacht, so viel davon einzustellen, daß eine Erhöhung der Maricularbeiträge gegen das letzte Jahr vermieden wird. Dabei würde immer noch ein erheblicher Rest verbleiben und deshalb beantragte der Abg. Richter, unter Hinweis auf die bedrängte Finanzlage der Einzelstaaten, an die Rechnung des Ueberschusses die Maricularbeiträge gegen das laufende Jahr nahe um 8 Millionen zu vermindern. Der Reichschatzsecrätar, der diesem Vorschlage lebhaft widerlegte, führte, wie so wie der Abg. v. Kardorff und v. Minningerode das Tarifgesetz dagegen ins Feld, welches die Einzelstaaten nur die Ueberschüsse des zweiten Semesters zukommen lassen wolle, also die Verwendung von Ueberschüssen des ersten Semesters

zum Erlaß von Matrikularbeiträgen nicht gestatte.  
 Die gestammte Kasse und das Centrum waren in  
 dessen anderer Ansicht und nahmen den Richter-  
 schen Antrag gegen die Rechte an. Im Uebrigen  
 wurde die zweite Verathung des Staats ohne wesent-  
 liche Debatte und unter unveränderter Annahme  
 der einzelnen Positionen zu Ende geführt. Eben-  
 so nahm das Haus das Anleihen- und das  
 Staatsgesetz in zweiter Lesung mit den in Con-  
 formität der Staatsbeschlüsse liegenden Aenderungen  
 an. Schließlich wurde von dem Abg. Windthorst,  
 v. Barnbüler und Steller ein Antrag auf Auf-  
 hebung des Flachszolles eingereicht.  
 (Dienstagssitzung.) Der Reichstag beschä-  
 ftigte sich in seiner heutigen Plenarsitzung nur mit  
 Verichten der Geschäftsordnungscom-  
 mission über die Frage der Fortdauer der Man-  
 date verschiedener Abgeordneten. Ohne Discussion  
 erklärt das Haus dem Antrage der Commission  
 gemäß das Mandat des Abg. Grafen zu Dohna-  
 Rosenfeld durch seine Ernennung zum Burg-  
 grafen von Marienburg nicht für erloschen. Der  
 folgende Bericht der Commission bezieht sich auf  
 die durch die Justizorganisation veränderte Stellung  
 verschiedener Abgeordneten und die Wirkung dieser  
 Veränderung auf die Fortdauer des Mandats des-  
 selben. Der Antrag der Commission geht dahin:  
 die Mandate der Abgeordneten Dr. Bähr (Kassel),  
 Dr. v. Gravenitz und v. Gsch durch ihre Er-  
 nennung zu Reichsgerichtsräthen, des Abg. Thilo  
 durch seine Ernennung zum Landesgerichts-Präsi-  
 denten, und des Abg. Saro durch seine Ernennung  
 zum Oberstaatsanwalt für erloschen zu erklären,  
 dagegen die Mandate der Abg. Dr. Dreyer durch  
 seine Ernennung zum Landesgerichts-Präsi-  
 denten, und des Abg. v. Reben (Lüneburg) zum Landgerichtsrath und  
 der Abg. Witte und Werner durch ihre Er-  
 nennung zu Landesgerichtsdirectoren als nicht er-  
 loschen zu erachten.  
 Gemäß dem Antrage der Commission wurden  
 entgegen einem von der rechten Seite des Hauses  
 ausgegangenen Antrage die Mandate der Abg.  
 Bähr (Kassel), v. Gravenitz, Gsch und Thilo für  
 erloschen erklärt. Der Erstgenannte gehört seit  
 seinem Austritt aus der nationalliberalen Partei  
 seiner Fraction, die drei Letzteren der deutschen  
 Reichspartei an. Dagegen wurden die Mandate  
 der nationalliberalen Abg. Dreyer, v. Reben (Lüne-  
 burg), Witte (Schweidnitz) und Werner (Liegnitz)  
 entsprechend dem Commissionvorschlag für nicht  
 erloschen erklärt; das Gleiche geschah bezüglich des  
 Mandats des Abg. Saro, und zwar entgegen dem  
 Vorschlage der Commission, welche sich für Un-  
 gültigkeit dieses Mandats entschieden hatte. Nächste  
 Sitzung morgen.  
 Die Wahlprüfungs-Commission des  
 Reichstages hat beschlossen, die Wahl des Abge-  
 ordneten Grafen Grote (17. hannoverscher Wahl-  
 kreis) zu beanstanden, die Wahl des Baron von  
 Amdenwald (5. hannoverscher Wahlkreis) für un-  
 gültig zu erklären.  
 Dem Reichstage ist am Dienstag ein Ge-  
 segenswunsch, betreffend die Abwehr von Vieh-  
 seuchen, zugegangen. Die dritte Verathung  
 des Staats wird am Donnerstag beginnen und  
 hofft man dieselbe am Freitag zu beendigen, so  
 daß das Haus am Freitag spätestens in die Ferien  
 gehen kann.

**Provinz und Umgegend.**

—g. In der Nacht vom 14. zum 15. d. M.  
 wurde die Rudelfabrik des Her v. A. Banke in  
 Rielsdorf am Harz durch Feuer zerstört. Schnelle  
 Hülfe seitens des Fabrik-Personals und der Meis-  
 dorfer Feuerwehr beschränkte das eisenfeste Element  
 auf seinen Herd. Ueber die Entstehung des Brand-  
 es ist noch nichts bekannt.  
 † Der Landgerichtsdirector Schmidt in Halle  
 ist, wie die „Holl. Ztg.“ mittheilt, an die Ober-  
 rechnungskammer zu Potsdam versetzt worden.  
 † In Weissenfels constituirte sich unter Be-  
 theiligung von 32 Personen ein „Bürgerverein“  
 zur Beschaffung städtischer Angelegenheiten. Vor-  
 sitzender ist der Kaufmann Otto Günther.

**Localnachrichten.**

Merseburg, den 18. März 1880.  
 \*\* Die officielle Feier des Geburtstages

Er. Maj. des Kaisers findet bekanntlich der  
 Charwoche wegen bereits am Sonnabend den 20.  
 d. M. statt. Nach einer von den Spitzen der  
 hiesigen Civil- und Militärbehörden ausgehenden  
 Einladung werden sich die Honoratioren unserer  
 Stadt an diesem Tage Nachmittags 2 Uhr in  
 der Ressource zu einem Festmahl vereinigen. Die  
 Parade der Garnison, sowie die üblichen Ball-  
 feierlichkeiten derselben finden ebenso wie das für  
 Sr. Maj. Geburtstag festgestellte Programm der  
 hiesigen Militärvereine am Sonnabend ihre  
 Erledigung. Die Feiern in den Schulen wird im  
 Laufe des Vormittags stattfinden.

\*\* Wie uns nachträglich gemeldet wird, überfiel  
 am letzten Freitag Abend zwischen 8 und 9 Uhr  
 betrunkenen Handarbeiter Wilh. W. vom Neu-  
 markt in der Johannisstraße die unversch. Böhm-  
 von hier, riß dieselbe zu Boden und schlug mit  
 den Fäusten auf das wehrlose Mädchen ein, das  
 sich schließlich nur mit Hülfe heraufkommender Per-  
 sonen von dem Wüthrich zu befreien vermochte.  
 Hoffentlich wird der Betreffende trotz seiner Be-  
 trunkenheit für diese grenzenlose Rohheit im vollen  
 Umfange verantwortlich gemacht.

\*\* Den Streckarbeitern der Thür.  
 Eisenbahn ist bereits durch ihre nächsten Vor-  
 gelegten angefündigt worden, daß in aller Kürze  
 eine neue väterlich fürsorgliche Maßregel der Di-  
 rection in Aussicht stehe, nämlich eine Herabsetzung  
 des Tagelohnes von 1 Mk. 80 Pf. auf 1 Mk.  
 60 Pf. — Ohne Zweifel ist irgend ein vortragen-  
 der Rath im „außenwärtigen Amte“ nach längerem  
 Nachdenken und Forschen, vielleicht auch hierbei  
 unterstützt durch das im Allgemeinen gesunde Aus-  
 sehen dieser Arbeiter-Kategorie, zu der Entdeckung  
 gelangt, daß viele Leute zu reichlich mit Lohn be-  
 dacht werden, da doch der liebe Gott einen großen  
 Theil der Lebensbedürfnisse selbiger gratis über-  
 nommen habe, insofern er ihnen bei ihrer Beschäf-  
 tigung im Freien beliebige Massen von Kohlenfau-  
 erstoff einzuathmen Gelegenheit giebt, was doch bekann-  
 tlich nach der Wissenschaft sehr nahrhaft sein soll. Diese  
 Thatsache in Verbindung mit der erfreulichen Wahr-  
 nehmung, daß die Preise für Lebensmittel im rapiden  
 Sinken begriffen, föhnte leicht zu der Möglichkeit führen,  
 daß diese Arbeiter, welche in der Regel mit vielem  
 Gelde, welches sich auf diese Weise anhäuft, nicht  
 Nutzen bringend umzugehen verließen, auf dem  
 Weg des Lasters als da sind: Wöllerei, Trunksucht,  
 Spielucht gerathen. Wie man also sieht, ist diese  
 Maßregel eine absolut humane, und der Mann  
 so auf diesen Gedanken gekommen, verdient — Zu-  
 kunft. Daß hierbei auch eine Kleinigkeit für die  
 Gesellschaftskasse abfallen würde, hat wohl die  
 Verwaltung kaum im Auge gehabt, es würde  
 dieser Ueberfluß bei ca. 40 Bahnmastereien mit  
 je durchschnittlich 18 Arbeitern bei jährlich 304  
 Arbeitstagen ppr. 43 760 Mk. betragen, ein Sum-  
 men, welches bei einer so großen Verwaltung gar  
 nicht in Betracht kommt. Aber wohl oder übel  
 muß doch das Geld, wenn diese Humanitäts-Maß-  
 regel durchgeführt werden soll, irgend wo hin-  
 fließen und das ist eben nothgedrungen die Gesellschafts-  
 Kasse.

**Aus den Kreisen Quedfurt und Merseburg.**

§ Durch das Quedfurter Komitee für den  
 Bau einer normalspurigen Sekundärbahn  
 Quedfurt-Döberöblingen waren die von  
 dem Bauathe Plesner gestifteten Vorarbeiten dem  
 Handelsministerium eingereicht worden, Regierungs-  
 techniker hatten die Bodenverhältnisse untersucht und  
 die Halle-Kasseler Bahn hatte die Ertrags-  
 fähigkeit der geplanten Linie berechnet. Am 13.  
 März fand nun eine Beschädigung der Strecke durch  
 Vertreter des Handelsministers und der Halle-Kas-  
 seler Bahn statt. Diese Commission sprach sich zu  
 Gunsten der Linie Quedfurt-Döberöblingen-  
 Gpferstedt-Schraplau aus, die, bis Döber-  
 öblingen ausgedehnt, voll allein auf eine Beihilfe  
 oder Zinsgarantie seitens des Staates rechnen  
 dürfte, falls derselbe sich überhaupt zu einer solchen  
 Gewährung entschließen sollte. Die Gründe hier-  
 für liegen in den günstigeren Terrainverhältnissen  
 und der durch die Berührung von Schraplau zu  
 erzielenden größeren Frequenz der Bahnstrecke, die  
 allerdings nach diesem Plane ca. 4 Kilometer länger  
 als die directe Plesnerische Linie werden dürfte.

**Vermischtes.**

\* (Ein iäredliches Brandunglück) wird aus  
 Moskau gemeldet. In der aus mehreren Käufern be-  
 stehenden Schafwollwarenfabrik des Kaufmanns  
 Gimatowitsch brach in der Nacht zum 8. d. Feuer aus,  
 in der ersten Etage eines vierstöckigen Gebäudes,  
 in welchem mehr als 200 Personen arbeiteten und schliefen,  
 entstand der Brand, und zwar bei der einzigen hölzernen  
 Treppe. Die Etagen des Gebäudes waren durch leichte  
 Streckbalken und Dielenbretter getheilt, zwischen welche  
 kein Sand geschüttet war; auch fehlte eine innere steinerne  
 Wand; der ganze innere Raum des mächtigen Gebäudes  
 zeigte einen leichten Holzbau. Diesen Umständen ist es  
 zuzuschreiben, daß in zehn Minuten das Feuer den ganzen  
 Hügel erfaßte. Die Arbeiter erwachten mitten im Feuer,  
 jeder Ausgang zur Rettung war den Unglücklichen in  
 den oberen Etagen verschlossen, und als dieselben sich  
 nach der einzigen wegen Feuergefahr an der Außenseite  
 des Gebäudes angebrachten hölzernen Treppe hielten,  
 brach dieselbe zusammen. Aus den Schlafkammern des  
 unteren Stockes gelang es, 30 Personen zu retten, aber  
 auch sie hatten Brandwunden; zwei derselben sind ge-  
 storben. Es ist schwer, ein Bild von der gräßlichen  
 Lage der Uebrigen in den oberen Räumen zu geben,  
 welche umringt von Flammen, in Todesangst und Ver-  
 zweiflung ohne Ausgung aus dem Feuer von Fenster zu  
 Fenster liefen, die Rahmen zertrümmerten und in ihrer  
 Verzweiflung theils aus dem zweiten und dritten Stock  
 auf das Pflaster sprangen oder halb erstickt vom Ruche  
 sich beunruhigtes ins Feuer warfen. Unten wälzten  
 sich im Todesstamme Reichthümer auf dem Pflaster,  
 von oben erscholl Wehgeschrei aus den brennenden Räumen.  
 Viele sah man sich resignirt betheuernd, so lange sie den  
 Arm heben konnten und der Rauch ihnen den Athem  
 nicht benommen und die Flammen sie nicht erreicht hatte.  
 In einem Fenster des vierten Stockes fanden zwei Ar-  
 beiter, sie blickten hinauf, umvrenten sich und taumelten  
 zurück ins Feuer. In wenigen Stunden war das Ge-  
 bäude ein rauchender Schutthaufen, 27 verbrannte Leichen  
 fand man in den Trümmern, indeß dürfte sich die Zahl  
 der Verunglückten auf Hundert belaufen.

**Anzeigen.**

**Domkirch:** Freitag den 19. März, Abends 6 Uhr,  
 Passions-Gottesdienst. Herr Prediger Widder.

**Auction.**

Wirthschaftsaufgabe halber bin ich gezwungen, sämt-  
 liche Wirthschaftsgeräte, sowie 3 Kühe, 1 starken ein-  
 spännigen Wagen, 1 ganz neue Wurfmaschine, 2 kupferne  
 Kessel Auctionsweise zu verkaufen und habe ich hierzu  
 Termin auf

**Dienstag den 23. März cr.,**  
**Vormittags 9 Uhr,**

in meiner Behausung anberaumt.  
 Bedingungen werden im Termine bekannt gemacht.  
**Karl Kassler, Kleinmagna Nr. 1.**

**Baustellen-Verkauf.**

1—2 Baustellen, 120 Fuß Front, an der Halleischen  
 Straße gelegen, sind zu verkaufen; zu erfragen  
**Halleische Straße 9b.**

**Wohnungs-Vermiethung.**

In meinem Hause, Entenplan Nr. 4, ist die obere  
 Etage mit allem Zubehör zu vermieten und nach Wunsch  
 auch sofort bezugsbar.  
**Heinrich Schulze, II. Ritterstraße Nr. 17.**  
 Eine möblirte Stube mit Kammer ist zu vermieten  
 und zu Oftern zu beziehen II. Ritterstr. 3, 1 Treppe.  
 Eine Schlafstube mit Kitztagstisch ist offen  
**Windberg Nr. 8.**

**Das Bureau der Magazin-Ver-  
 waltung befindet sich jetzt Wilhelms-  
 straße im Hause des Hrn. Gärtner.**

**Gutgearbeitete Möbel,**

polirt und lackirt, stehen zu den billigsten Preisen zu  
 verkaufen bei  
**Karl Hoffmann,**  
 Unterbreitstraße Nr. 5.

**Sämerei-Offerte.**

Alle Sorten Blumen-, Gras-, Gemüße- u. Feld-  
 sämereien, edle Erbsen- und Bohnenforten sind ein-  
 getroffen und empfiehlt billigst  
**Julius Thomas, Neumarkt.**

**Koch- und Heizöfen**  
**G. F. Meister.**

Gute feinstmögliche Blumen- und Gemüßsämereien,  
 edle Sorten Erbsen u. Bohnen, Hüdenkerne, Magdeb.  
 Cappaamen und Gurkenkerne empfiehlt  
**Serdinand Scharre.**

**Rechnungsformulare**

in allen gangbaren Größen hält stets zu soliden Preisen  
 vorräthig  
**Th. Rössner, gr. Ritterstr. 28.**

# Zu Bauzwecken

empfehl



**Träger,  
Säulen,  
Eisenbahnschienen,  
complete  
Stalleinrichtungen.  
C. F. Meister.**

Kießer Speckbücklinge,  
Kießer Sprotten,  
geräucherte Lachsheringe

empfehl

**Gustav Elbe.**

## Zur Ausaat

empfehle sämtliche Alee- und Grasarten in guter feinfähiger Waare.

**Bruno Teuscher.**

## Malzzucker,

aus feinsten Malzknäde hergestellt, empfehl

**G. Schönberger,  
Gotthardtsstraße.**

## Gummischeuhe

bester Qualität verkauft billigt

**Jul. Mehne, fl. Ritterstr. 1.**

## Gummischeuhe

zur Reparatur nimmt an und besorgt pünktlich

**Jul. Mehne.**

## Dom-Gymnasium zu Merseburg.

Das Geburtsfest Sr. Majestät des Kaisers begehen wir mit einer Vorfeier Sonnabend den 20. März, Vormittag von 9 Uhr an.

Hierzu und zu der am 24. März, Vormittag von 8 Uhr an stattfindenden Prüfung lade ich im Namen des Lehrerkollegiums ergebenst ein.

Das neue Schuljahr beginnt Donnerstag den 8. April. Neue Schüler bitte ich am 2., 3., 5. oder 6. April, vormittags zwischen 10 und 12 Uhr, in meinem Amtszimmer im Gymnasium bei mir anzumelden. Geburts- und Impfscheine — von den über 12 Jahre alten Schülern auch Wiederimpfscheine — nebst Abgangszeugnissen müssen vorgelegt werden.

Die Prüfung der neu aufzunehmenden Schüler findet Mittwoch den 7. April, vormittags von 9 Uhr an, im Gymnasium statt.

**Dr. Ahmus, Director.**

## Landwirthschaftliche Winterschule Merseburg.

Der erste Kursus der landwirthschaftlichen Winterschule hier wird

**Mittwoch den 24. d. M., Nachmitt. 2 Uhr,**  
im oberen Saale des Rathstellers hiersebst,  
mit einer öffentlichen Prüfung der Schüler geschlossen werden. Die Eltern und resp. Vormünder der Schüler, die Mitglieder des landwirthschaftlichen Vereins, sowie Freunde und Gönner der Landwirthschaft und des landwirthschaftlichen Schulwesens werden hierzu ergebenst eingeladen.

Merseburg, den 17. März 1880.  
**Der Vorstand  
des landwirthschaftlichen Kreis-Vereins.  
Schönan.**

## Merseburger Landwehr-Verein.

Die Feier des Allerhöchsten Geburtstags Sr. Majestät des Kaisers und Königs findet Sonnabend den 20. d. M., Abends 8 Uhr, in der Kaiser Wilhelmshalle statt.

Der Zutritt ist nur gegen Karte gestattet.  
Zum Abgang Montag den 22. d. M. wird Vormittags 9<sup>1/2</sup> Uhr im äußeren Schloßhofe angetreten.  
**Das Directorium.**

## Ritter St. Georg.

Sonnabend den 20. d. M. früh 9 Uhr

**Speckfischen.**

## Eckribavo

Freitag Abend 8 Uhr.

Ba.

Verloren wurde am 11. d. M. Abends ein goldener Ohrring, abzugeben gegen Belohnung

**Unteraltendura Nr. 2.**

## Grube „Paul“ — A. Riebeck, Luckenau bei Teuchern.

### Briquettes

besten Beschaffenheit und vorzüglichster Heizkraft liefert in Waggon-Ladungen von 100 und 200 Str., in Fuhren von 25 und 10 Str., sowie in jedem kleineren Posten stets prompt und billigt.

Nach getroffener Einrichtung können auch fast jeden beliebigen Tag Briquettes auf hiesigem Bahnhof ab Lowry geladen werden.

**Heinrich Schultze, fl. Ritterstraße Nr. 17,**  
Alleinverkauf für Merseburg und Umgegend.

## Für Confirmanden

habe großes Lager in

### Schuhwaaren,

sämtliche Sachen sind höchst solid gearbeitet und werde ich, was die Preise betrifft, nur die billigsten stellen.

Gleichzeitig mache ich auf meinen großen Vorrath **Schaftstiefeln** und **Stiefeletten** für Herren, nur gutgearbeitete Sachen zu allerbilligsten Preisen, aufmerksam. In **Ungarstiefeln** größte Auswahl bei

**Jul. Mehne, fl. Ritterstr. 1.**

Mein Lager von

## Gold- und Silberwaaren,

passend zu Confirmations-Geschenken, erlaube mir einem geehrten Publikum von Merseburg und Umgegend in empfehlende Erinnerung zu bringen. Reparaturen schnell und sauber.

Hochachtend

**H. Strassburger, Juwelier,  
Gotthardtsstraße 7.**

## Geschw. Jüdel, Halle a S., Markt 5,

empfehlen ihr Lager von **Herren-, Damen-, Kinder- und Bettwäsche.** Ganze **Brant- und Kinderausstattungen.**

**Spezialität: Kindergarderobe** vom einfachsten bis zum elegantesten zu soliden Preisen.

Anfertigung sämtlicher Gegenstände nach Maß oder Probe unter Garantie des Gutführens.

## J. Lühr,

**Weißnäherei,  
Merseburg, Hofmarkt Nr. 6.**

Einem geehrten Publikum von Merseburg und Umgegend bringe in gefl. Erinnerung, daß ich mein Geschäft vergrößert habe und im Stande bin, jeder nur vorkommenden Anforderung Genüge zu leisten.

**Oberhemden, Chemisettes etc.**

werden nach Maß unter Garantie gut passend, in allen Facons und Neuheiten schnell angefertigt. **Ausstattungen werden schnell und sauber ausgeführt.**

## Baronnoovskys Restauration.

Heute Donnerstag, Abends von 7<sup>1/2</sup> Uhr ab,  
**Salzkochen mit Meerrettig,**  
dort ladet ein

### Beachtung.

Ein Beamter, 35 Jahre alt, gelund, von angenehmen Äußerem, ehrenhaften, liebenswürdigen und nüchternen Charakters, mit einem Jahres-Einkommen von 2400 Mk., wünscht sich zu verheirathen. Junge Damen od. Wittwen, welche im Besitz von Gesundheit, häuslichem Sinn und einigem Vermögen sind, wollen sich vertrauensvoll mit Angabe der Verhältnisse und Einbindung der Photographie wenden unter den Chiffren **F. L. M. 1080** postlagernd **Haupt-Post Dresden.**

NB. Brief und Photographie nach Einsicht retour. Vermittler verbeten.

## Als Lehrling

für meine Stabeisen-, Ofen- und Kurzwaaren-Handlung suche unter günstigen Bedingungen einen Lehrling.

**C. F. Meister.**

Ein anständiges bürgerliches Mädchen sucht bis 1. April in einer bürgerlichen Familie ein Unterkommen **ohne Gehalt.**

Nur gute Behandlung ist Hauptbedingung. Gefällige Offerten bittet man in der Exped. d. Bl. niederzulegen.

Nimm theurer Herman heut' die besten Wünsche dar! Sei froh und heiter noch manch' liebes Jahr. Des Glückes Gute Quelle soll Dir noch länger süßen! Des Himmels Schirm wird ferner Dich beschützen.  
**Soll's Freunde.**

Ein freundliches junges Mädchen wird zu mietzen gesucht

Markt 5.

Dem Eins. des Ins. in Nr. 43 d. Bl. mit der Ueberschrift „Casale oder nationale Hilfskassen“ zur vorläufigen Kenntniß, daß eine Berichtigung dieses Artikels erst nach der General-Versammlung der Gewerbevereine der Bauhandwerker, welche in den nächsten Osterferien in Berlin abgehalten wird, erfolgen kann; augenblicklich erhebt sich ein Zweifel an der soliden und correcten Verwaltung der freien nationalen Unterstützungskassen eines Gewerks resp. Ortsvereins der Bauhandwerker, welche augenscheinlich durch nicht genügende Ueberwachung von der Centralstelle des Verbandes der deutschen Gewerbevereine ans gebilligt wird.

**A. G. Pfeiffer.**

## Börsenversammlung in Halle

vom 16. März 1880.

Preise mit Ausschluß der Courtao.  
Weizen 1000 Kilo, geringere Sorten 192—206 Mk. bez., mittlere 218—224 Mk., feinste 225—229 Mk. bez., Roggen 1000 Kilo, 183—186 Mk. bez., Gerste 1000 Kilo Landgerste geringere 160—170 Mk., mittlere 175—185 Mk., feine und Chevaliergerste 195—205 Mk., feinste 215 Mk. bez.  
Gerstemaß 50 Kilo, 15—15,50 Mk. bez., Hafer 1000 Kilo, fremder 149—151 Mk. bez., hiesiger 157—160 Mk. bez.  
Hülfrüchte 1000 Kilo Victoriaerbsen 220—226 Mk. bez., Bohnen 50 Kilo 11—11,50 Mk. bez., Linen 50 Kilo 12—16 Mk. bez.  
Rübenmel 50 Kilo, 29—30 Mk. bez., Delfsaaten 1000 Kilo Raps 235—245 Mk. bez., Hülsen 50 Kilo, 26,50 Mk. gefordert.  
Futtermehl 50 Kilo, 8—8,25 Mk. bez., Weizenroggen 6,25 Mk. bez., Weizenhaale 5,25 Mk. bez., Weizen-Grieskleie 5,75 Mk. bez.

Redaction, Druck und Verlag von L. H. Höner in Merseburg.

Correspondent.

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis: pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark 20 Pfg. durch den Herantrager. — 1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

Erscheint: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag früh 7 Uhr. Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

N. 45.

Donnerstag den 18. März.

1880.

Die Militärvorlage und die Fortschrittspartei.

Die Militärvorlage wird vom Reichstage mit einigen Verbesserungen bewilligt werden, und die Nationalliberalen werden in ihrer großen Mehrheit dabei mitwirken. Der wesentlichste Punkt ist und bleibt die Heranziehung der Ersatzreserve. Für diese haben sich selbst die radikalsten Richtungen ausgesprochen, ist sie doch nur eine Konsequenz der allgemeinen Wehrpflicht. Doch die Festsetzung der Präsenzstärke auf mehrere Jahre erfolgt, dem haben die Nationalliberalen bereits 1874 zugestimmt, und wie sollten die Liberalen jetzt, da sie viel schwächer sind als damals, etwas durchsetzen können, was sie als früher waren, nicht zu verhindern vermöchten? Die jährliche Festsetzung würde ja nur eine leere Formalität sein. Die Erhöhung der Militärstärke bringt uns neue Opfer; diese sind ja für uns schwer genug, aber eine Erhöhung des Etats um 17 Millionen werden wir bei einem Militäretat, welcher in die Hunderte von Millionen geht und dabei immer noch weit geringer als der der großen Nachbarstaaten in Ost und West ist, auch noch ertragen können, wenn dies nötig ist. Trotz aller jeglichen friedlichen Versicherungen ist es wahrscheinlich, daß wir innerhalb weniger Jahre einen schweren Krieg gegen Rußland und Frankreich zugleich zu führen haben. Würde die Vorlage abgelehnt, so würde der Muth unserer Gegner erhöht, ein Krieg nur noch wahrscheinlicher. Einen Bundesgenossen haben wir nur in Oesterreich, dieses ist weder sehr stark noch sehr verlässlich. Soeben noch erhielten die württembergischen Abgeordneten gegen Deutschland im österreichischen Abgeordnetenhause lautes Bravo auf Seiten der Rechten, und diese ist dort sehr einflußreich, sie kann in kurzer Zeit in Wien am Ruder sein. In dem bevorstehenden Kriege kann jedes Bataillon mehr die Entscheidung zu unsern Gunsten lenken, jedes fehlende Bataillon unsere Niederlage ermöglichen. Die Niederlage würde uns nicht nur vom Gipfel unseres Ruhmes stürzen, nicht nur unsere Macht und Freiheit rauben, sie würde uns auch hundertmal mehr Opfer auferlegen, als jetzt von uns verlangt werden. Wie würde die Liberale Partei dies vor der Nation verantworten können? Würde sie nicht für immer die Neigung des Volkes verlieren; würde dies nicht sagen: „Unsere militärischen Autoritäten und unsere Regierung haben dies vorausgesehen, aber die Liberalen haben nicht die nötigen Mittel bewilligt.“ Nein, die Nationalliberalen wenigstens werden eine solche Verantwortung nicht auf sich laden.

Gewäßigte Stimmen der Fortschrittspartei sprachen sich Anfangs auch günstig über die Vorlage aus; dieselben sind aber vor dem Willen der Parteileitung verstummt. Die Berliner Parteileitung sucht eine Anzahl von Mitgliedern der nationalliberalen Partei der Militärvorlage abzuwerben zu machen, indem sie in deren Wahlkreisen für die Versammlungen entritt und von Emisären beiseite läßt, welche sich für Verwerfung der Militärvorlage ausgesprochen haben. Diese Absicht wird nicht gelingen. In Danzig trat am Donnerstag eine fortschrittliche Versammlung zusammen, welche von dem Abg. Hermes aus Berlin besucht wurde und sich gegen die Vorlage aussprach; zwei

Tag später tagte eine zweite größere Versammlung, welche sich für dieselbe erklärte. Die jetzige Taktik der Fortschrittspartei ist dieselbe, welche diese Partei seit Jahren befolgt. Sie scheint die Nationalliberalen als ihren hauptsächlichsten Gegner zu betrachten, dem man vor allen Dingen Schaden zufügen muß. Diese Taktik hat sämtlichen Liberalen erheblich geschadet, am meisten aber der Fortschrittspartei, welche auf ein kleines Häuflein von Vertretern großer Städte zusammengeschmolzen ist. Diese Kurzsichtigen haben sich aber die ihnen gegebenen Lehren nicht zu Herzen genommen, sondern arbeiten lustig weiter am eigenen Ruin.

Politische Uebersicht.

Das Verhältnis zwischen Deutschland und England soll in dem Maße an Intimität zugenommen haben, in welchem die politischen Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg kühler geworden sind. Sollte sich nun das Gerücht, nach welchem der Kaiser Wilhelm und die Königin Victoria von England im Frühjahr eine Zusammenkunft haben werden, bewahrheiten, so würde diese Thatsache, welcher an und für sich keine politische Bedeutung innewohnt, gewiß dazu beitragen, den Glauben an eine solche Intimität zu stärken. In Berlin knüpft man wie in London in gewissen Kreisen an einen eventuellen Sieg der Konservativen bei den englischen Neuwahlen das Eintreten politischer Ereignisse von großer Tragweite.

Das in voriger Nr. auch von uns erwähnte Schreiben des Papstes an den Erzbischof Paulus Melchers von Köln wird mit vollem Recht als ein sehr wichtiges Ereigniß betrachtet. Der Papst hat sich in diesem Schreiben über alle diese Vorgänge aus: — sie hängen und hängen in schwerender Rein. Der französische Senat hat am Montag zum zweiten Male den Artikel 7 verworfen und nicht das Kabinett steht nunmehr vor der Entscheidung, die bereits gegen die Jesuiten bestehenden Gesetze in Anwendung zu bringen. Angesichts der dahin zielenden energischen Erklärungen Freycinet's im Senat wird es in parlamentarischen Kreisen für wahrscheinlich erachtet, daß die Gruppen der Linken der Deputirtenkammer auf eine Interpellation in dieser Richtung verzichten werden. Delegirte von Arbeitervereinen, Prediger moderner Richtung und Advokaten haben ein Manifest an alle Niederländer aufgegeben, in welchem sie alle Niederländer aufgefordert werden, ihre moralischen und materielle Unterstützung zur Erlangung des „allgemeinen Stimmrechts“ einzusetzen. In diesem Manifeste wird nebenbei auch auf das veraltete Steuer-system hingewiesen, welches den weniger Vermögenden unverhältnißmäßig drückt, den Erwerb, die Produktion und den Verkehr hemmt und das als Börsenspiel fördert. Um nun das Uebel auszurotten, müsse das Verfassungsprinzip, daß die Wahlberechtigung von Steuerzettel abhängig, beseitigt werden. Alle majorennen niederländischen Staatsbürger sollen wahlbefugt werden, und das muß geschehen, um der Gefahr revolutionärer Bewegungen vorzubeugen. — Die Forderungen der Leute haben jedenfalls ihre theilweise Berechtigung. Dem englischen Parla-

mentum ist nunmehr der 24. d. als der Tag der Auflösung bezeichnet worden. Vorher hat noch Lord Beaconsfield die Vor-

sammensetzung der Kammern im Auge, welche in ihrer gegenwärtigen Gestalt in der That mit den heutigen Begriffen von Volksvertretung schwer vereinbar sind. In der ersten Kammer, in der sogenannten Kammer der Standesherren, sitzen nur die ehemals reichsunmittelbaren, jetzt mediatisirten Fürsten- und Grafengeschlechter, ferner Generale, ehemalige Minister und hohe Beamte. Der bestellte Grundbesitz hat aber da keinen Zutritt, sondern schiebt seine Vertreter eigenthümlicher Weise in das Abgeordnetenhause. Die sieben Hauptstädte des Landes delegirten nur je einen Abgeordneten, also Stuttgart mit seinen 116 000 Seelen wählt nur einen Abgeordneten, während die Stadt Ellwangen nebst Amt mit zusammen 30 000 Einwohnern durch zwei Abgeordnete vertreten ist, weil Stuttgart kein Amt hat. Dellei Unzuträglichkeiten sollen jetzt beseitigt werden und gleichzeitig wird auch eine Abänderung in der Handhabung der Geschäfte beabsichtigt.

In Folge eines dem badischen Minister Stöcker von der Kammer ertheilten Mistransens votus hatte derselbe dem Großherzoge das Besuch um Enthebung von seinem Amte unterbreitet, welches Besuch aber zurückgewiesen worden war. Da nun der Staatsminister Turban im Laufe der Beratungen über den erzbischöflichen Titel mehrmals die Solidarität des Gesamtministeriums betont hat, so müßte Letzteres jetzt entweder zurücktreten oder die Kammer auflösen. In Karlsruhe hält man den Rücktritt des Ministeriums für wahrscheinlich, weil von einer Neuwahl eine wesentliche Veränderung der Fraktionsverhältnisse kaum zu erwarten ist. Die amtlichen Blätter schweigen sich bis jetzt noch vollständig über alle diese Vorgänge aus: — sie hängen und hängen in schwerender Rein.

Der französische Senat hat am Montag zum zweiten Male den Artikel 7 verworfen und nicht das Kabinett steht nunmehr vor der Entscheidung, die bereits gegen die Jesuiten bestehenden Gesetze in Anwendung zu bringen. Angesichts der dahin zielenden energischen Erklärungen Freycinet's im Senat wird es in parlamentarischen Kreisen für wahrscheinlich erachtet, daß die Gruppen der Linken der Deputirtenkammer auf eine Interpellation in dieser Richtung verzichten werden. Delegirte von Arbeitervereinen, Prediger moderner Richtung und Advokaten haben ein Manifest an alle Niederländer aufgegeben, in welchem sie alle Niederländer aufgefordert werden, ihre moralischen und materielle Unterstützung zur Erlangung des „allgemeinen Stimmrechts“ einzusetzen. In diesem Manifeste wird nebenbei auch auf das veraltete Steuer-system hingewiesen, welches den weniger Vermögenden unverhältnißmäßig drückt, den Erwerb, die Produktion und den Verkehr hemmt und das als Börsenspiel fördert. Um nun das Uebel auszurotten, müsse das Verfassungsprinzip, daß die Wahlberechtigung von Steuerzettel abhängig, beseitigt werden. Alle majorennen niederländischen Staatsbürger sollen wahlbefugt werden, und das muß geschehen, um der Gefahr revolutionärer Bewegungen vorzubeugen. — Die Forderungen der Leute haben jedenfalls ihre theilweise Berechtigung. Dem englischen Parla-



irchbäume... München, Bismarck... ntmachung... des IV. Reichs... Horwich... einseitigen... ausstellung... von mir... undgel... müssen bei der... rg d. J. erlösen... die Prämie und... t. 10 Mark... r. Transport... zur... laden lassen... fordern, die... en. meßman zu... überung unter... d. J. bei den... e: Schriftführer... erlösen... Vorstand... der Ausst... stellung eines... sich... auszu... ausstell... auf dem... März 1880. er Vorstand... dastischen... Schönian.

g-Veren... chstes Concert... tmitglieder... , Hofm: m... F. Roge... H. Wilt... eine... auten... hader... Al... W... Ueb... flatter... J. H... D... Dinand... H... kann... man... sum 1. April... mit... amittag... Breite... worden. Der... kasse 36... in... Gratulation... man, un... allf... ist, et... haben dies... März 1880. A. Z... 11... mit 18. März... 20... 50... 18... 16... 15... 14... 13... 12... 11... 10... 9... 8... 7... 6... 5... 4... 3... 2... 1... 0...